

## Monatsbrief April/ Mai 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 1. Mai, Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen, hat in diesem Jahr mehr Menschen auf die Straße gebracht als in den Vorjahren, vielleicht ein Zeichen dafür, dass zumindest objektiv- der Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit deutlicher wahrgenommen wird. Trotz des **windelweichen** DGB- Aufrufs zum 1. Mai gab es kämpferische Demonstrationen und Kundgebungen. Die Einladung des stellvertretenden Vorsitzenden der GdP (Gewerkschaft der Polizei), Hauptkommissar Dietmar Schilff, als Hauptredner nach Bremen war sicherlich keine gute Idee. Und- wie zu erwarten- ging seine Ansprache in einem Konzert von recht kreativ eingesetzten Blasinstrumenten unter. Gut so! Hier hätte man vom örtlichen DGB doch mehr Sensibilität erwarten dürfen, gerade angesichts der polizeilichen Übergriffe in Hamburg anlässlich des G20- Gipfels, die noch in guter Erinnerung sind.

Unsere Partei, ganz konkret bei uns in Niedersachsen, tut offensichtlich zu wenig, um dem im DGB organisierten klassenkämpferischen Teil der Lohnarbeitenden eine politische Heimat zu bieten. Der Verfasser dieser Zeilen war Teilnehmer der Frühjahrskonferenz des DGB Bezirks Niedersachsen, Bremen, Sachsen- Anhalt. Neben vielen SPD- Mitgliedern, einigen wenigen Grünen und Parteilosen, war ich das einzige Mitglied der Partei DIE LINKE.

Es gab gute und konstruktive Ergebnisse in den Arbeitsgruppen. Ich hätte mir jedoch die Unterstützung von Genossinnen und Genossen gewünscht. Wo waren die niedersächsischen Mitglieder des Zusammenschlusses Betrieb und Gewerkschaft?

Wir haben den 200. Geburtstag von Karl Marx gefeiert. Es war zu erwarten, dass dieses Datum der Event- Kultur (auch) zum Opfer fallen würde. Viel wurde hin und her schwadroniert, von Vertretern der SPD und der CDU. Man bemühte sich stets, die Bedeutung von Marx auf seine Zeit zu reduzieren. Selbst Sahra Wagenknecht kam nicht umhin, eifertig zu beteuern, dass selbstverständlich Marx „nicht für die Verbrechen, die in seinem Namen“ begangen wurden, verantwortlich gemacht werden kann (Interview mit der Rhein- Neckar- Zeitung und Anne- Will- Show am 6. Mai). Wo kämen wir dahin, wenn unsere Partei offensiv die heutigen Dilemmata der Lohnarbeit aus Marxscher Sicht erklären würde!? Wo kämen wir dahin, wenn unsere Partei aus Marxscher Sicht erklären würde, dass es ein vergebliches Unterfangen wäre, den Kapitalismus zu zähmen oder friedlich in ein „sozial gerechtes Gemeinwesen“ hinüberzuwachsen? Wo kämen wir dahin, wenn wir der Transformations- Idee unsere Vorstellung einer revolutionären Realpolitik, der Verknüpfung von Nah- und Fernzielen, entgegen setzen würden?

Zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, hätten wir uns einen Aufruf unserer Landespartei gewünscht. Nicht einmal auf der Beratung des Landesvorstands am 5. Mai ist dieses Datum thematisiert worden! Jedes Jahr fordert unsere Bundestagsfraktion erfolglos, den 8. Mai zum bundesweiten Feiertag zu erklären. In Italien z. B. wird der Tag der Befreiung am 25. April begangen, als ein nationaler Feiertag. Auch in diesem Jahr. Nicht nur in Rom und Mailand, nicht nur in Bologna und Brescia zogen viele tausend Italiener in langen Zügen durch die Straßen. Aufgerufen hatte der nationale Partisanenverband ANPI. In ganz Italien gedachten die Menschen des Kampfes gegen Faschismus und Krieg und der vielen Opfer, die er gefordert hat. Wie wichtig wäre eine solche Bewegung bei uns!!! Es gibt kaum eine Kommune in Italien, die diesen Tag nicht zum Anlass genommen hätte, ihrer Widerstandskämpfer zu gedenken.

In wenigen Wochen wird in Leipzig unser Bundesparteitag stattfinden. Machen wir uns nichts vor: Erneut wird es Bestrebungen geben, unsere Partei regierungskompatibler aufzustellen. Dietmar Bartsch hat die Wahl von Andrea Nahles zur SPD- Vorsitzenden wohlwollend kommentiert und gesagt, dass nun, da sie aus dem linken Spektrum der SPD komme, die Chancen für eine 2RG-Koalition gewachsen wären. Was würde denn eine Regierungsbeteiligung im Bund bedeuten? Wir wären eingeschworen auf die NATO- Kriegspolitik als Staatsräson. Die Bundeswehr rüstet kräftig auf. Die Drohnen sind bestellt. Es herrscht größte anzunehmende Kriegslüsterheit in unserem Land! Fallen wir den Kriegstreibern und – profiteuren in den Arm! Schwerter zu Pflugscharen, das war einst das Motto von „Bürgerrechtlern“ in der DDR. Was ist daraus geworden?

Eine wichtige Rolle auf dem Parteitag wird die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik spielen. Wir haben uns dagegen gewandt, dass über das hinaus, was im Erfurter Programm steht, konkrete Forderungen festgelegt werden.

Nun hat sich eine weitere Gruppe unserer Parlamentarier mit einem Thesenpapier zu Wort gemeldet. Hier wird von Grenzkontrollen als wichtiges „Element der Sicherheitsarchitektur“ gesprochen. Man müsse legitime Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten.

Und- besonders fragwürdig- es wird unterstellt, dass, wer offene Grenzen für Migranten fordere, auch für unregulierte Kapitalbewegungen sei. Wir zitieren aus diesem Thesenpapier, weil unsere niedersächsische Bundestagsabgeordneten, die Genossin Jutta Krellmann, zu den Verfassern gehört.

Wir sind sicher, dass auch die Zustimmung unserer Fraktion zu der gemeinsam mit den Grünen vorgelegten Isreal- Erklärung thematisiert werden wird. Diese Erklärung ist geprägt von Geschichtsklitterung und Heuchelei. Wer den Faschismus aus der offiziellen politischen Sprache eliminiert und ihn durch die Demagogie vom „Nationalsozialismus“ ersetzt, wie im grün- linken Antrag, der lässt dessen Verbrechen auf den industrialisierten Massenmord an den Juden schrumpfen. Der deutsche Faschismus wird somit nicht mehr als ein Teil eines imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungsprogramms, das vor allem Osteuropa betraf, behandelt und wahrgenommen.

In Anerkennung der guten Arbeit der KPF Niedersachsen ist ein Mitglied unseres LandessprecherINNENrats von der Bundeskonferenz als Delegierter für den Bundesparteitag gewählt worden.- Wir werden berichten.

Solidarische Grüße

KPF Niedersachsen der Partei DIE LINKE

Für den LandessprecherINNENrat:  
Ulrich Vanek und Christine Melcher